

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 8. Dezember 1933
14. Jahrgang Nr. 283

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis: wöchentl. 2 Pf. + 6 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatl. 1,80 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die gebrauchte Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Werksammlungsanzeigen 6 Pf. Kleinanzeigenpreis: Die dreizehnbaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der K.P.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Hinterhaus). Fernsprecher 43902. Erscheint der Redaktion: Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — **Vertriebsstelle:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902.

Die Rede des Genossen Wilhelm Pieck im Reichstage — ein Fanal des Kampfes / Siehe 2. Seite

Blutige Provokation der Nazis

Kommunisten allein fordern die Aufhebung aller Teile der Notverordnung

Berlin, 8. Dezember. (Fig. Drahtber.) Nachdem die vorgestrige Reichstagsführung durch die Niederstimmung des kommunistischen Antrages, das Misstrauensvotum gegen die Schleicher-Regierung auf die Tagesordnung zu setzen, die Tolerierungsfrente Schleicher von Patentkreuz bis einschließlich Sozialdemokratie drastisch enthielten, steigerten die Nazis gestern ihre Tolerierungspraxis zu blutigen Provokationen. Die Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD zeigte sich erneut bei der Behandlung des nationalsozialistischen Antrages im Falle der Verhinderung Hindenburgs, den Reichsgerichtspräsidenten, diesen Repräsentanten der von allen werttätigen Schichten gebildeten reaktionären Justiz, zum Vertreter des Reichspräsidenten zu machen. Als Genosse Scheller dazu sprach und Hindenburg als den Unterzeichner aller Notverordnungen Brüning und Papens charakterisierte, als er Hindenburgs Rolle bei der Durchführung des Young-Planes und der Erhaltung des kapitalistischen Systems kennzeichnete und die kommunistische Fraktion und die Tribünenbesucher in Niederrufe gegen Hindenburg ausbrachen, da traten im Reichstag die Nazis als Achtgroßenjungen der Polizei und des kapitalistischen Systems auf. Uniformierte Nazis, an der Spitze ein preußischer Stillerabgeordneter, prügelten auf Tribünenbesucher ein, die mit gegen Hindenburg demonstrierten. Der Versuch der Nazis, unsere Genossen

Reichstagsabgeordneten vom Schutz der Tribünenbesucher abzuhalten, scheiterte ebenso gründlich wie die Absicht, durch eine Schlägerei das Parlament endgültig aufzulösen zu lassen und damit die Entscheidung über die Annahmestricke und Aufhebung der Notverordnungen zu verhindern.
Aber diese blutige Provokation in der Reichstagsführung hatte eine große außerparlamentarische Bedeutung, denn sie soll der Auftakt zu einer außerparlamentarischen Terrorwelle sein, mit der die Nazis die Unterjochung der Schleicher-Diktatur vor den werttätigen Massen verschleiern wollen. Nachdem die große Schleicherfront von Nazis bis zur SPD, den Reichsgerichtspräsidenten zum Stellvertreter Hindenburgs durch Annahme des Naziantrages befördert hatte, begannen die Verhandlungen über die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnung. Während die Nazis und SPD sich in ihren Forderungen auf die Abschaffung einzelner Teile der Notverordnung beschränkten, forderten die Kommunisten die Aufhebung aller Teile.
Es war einer der erprobtesten Kämpfer des deutschen Proletariats, Genosse Wilhelm Pieck, der in seiner Rede die Massen zum Kampf gegen das kapitalistische Notverordnungssystem aufrief. (Wir bringen auf der 2. Seite diese Rede.)

Schlesische Industrielle rüsten zu neuem Angriff

Breslau, den 8. Dezember.
Vor einigen Tagen fand im Landeshause die Generalversammlung der schlesischen Metallindustriellen statt. Auf dieser Tagung der kapitalistischen Ausbeuter waren auch die Gewerkschaftsführer vertreten. Sie haben die „Magen“ und Forderungen der Kapitalisten mit entgegengenommen, um ihre Politik im Interesse der kapitalistischen Ordnung fortsetzen zu können. Der Generaldirektor Dr. Silberbrand betonte in seiner Eröffnungssprache, daß die letzten Wochen doch die Anzeichen dafür gebracht hätten, daß der Tiefpunkt der Krise überwunden sei und man auf den Beginn eines Aufstieges hoffen könne. Dazu sei jedoch politische Stabilität für die Weiterentwicklung dringend erforderlich und daher zu hoffen, daß sich aus dem Kampf der Meinungen doch noch eine Einigung im Volk ergebe.
Die ganze bürgerliche Presse bringt in ihren Handstücken in großer Aufmachung die neuen Wirtschaftszahlen des Instituts für Konjunkturforschung sowie die Reden der Herren „Wirtschaftsführer“, Böglers vom Stahltrust, Springorum vom Langmann-Werke, Wassermann von der Deutschen Bank- und Diskontogesellschaft. Alle atmen rosigsten Optimismus, alle sehen den berühmten „Silberstreifen“ am Horizont. Der „Tiefpunkt der Krise“ sei erreicht, es gehe wieder aufwärts.
Schauen wir zu, womit die Herrschaften, die das werttätige deutsche Volk in dies Elend geführt haben, ihre Zurecht begründen. Tatsächlich ist auf einigen Gebieten der Produktion die Zahl der Produkte etwas gestiegen, vor allem in der Schwerindustrie! Aber ein Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres zeigt, was von dem ganzen „Optimismus“ zu halten ist. So betrug die Stahlproduktion im Oktober 1932 rund 308.600 Tonnen (im September nur 291.100 Tonnen). Dagegen war im Oktober 1931 die Stahlproduktion 120.100 Tonnen! Und ähnlich sieht es in den anderen Industrien, deren Produktion im Oktober etwas anstieg.
In der Stahlindustrie ist übrigens die Steigerung besonders groß, weil nach dem amtlichen Bericht — im Oktober — große Aufträge der RZM. aufgeführt wurden! Die Arbeitermacht bringt Arbeit und Brot!
Die Bankenszene der deutschen Großbanken hat ein noch heftigeres Zwiegespräch geführt, wie die deutschen Kapitalisten die Lage wirklich betrachten. Nach dem Oktober-Ausweis sind sowohl die Einlagen wie die Ausleihungen der Banken um viele Millionen Mark zurückgegangen. Allein bei der Dresdener und Commerzbank gingen die Ausleihungen um 17 Millionen zurück. Das bedeutet einmal verminderte Produktion und Profit im Arbeiter (von Kapitalverlebung) und — und sei mal abgesehen! — Auch brauchen die Kapitalisten für ihre Produktion keine neuen Kredite, d. h. sie schränken die Produktion noch mehr als bisher ein.
Die künstliche „Konjunkturbelebungs“, die mit dem Wirtschaftsprogramm Papens erzwingen werden sollte, hat nach den Bankausweisen nur zu einer Erhöhung der umlaufenden Geldmittel (in Form von Reichsschatkassenausleihungen) geführt. Allein bei der Debi-Bank sind die Schatzkassenausleihungen im Oktober um 30 Millionen Mark gestiegen! Diese neuen Geldmittel, die in die Taschen der Kapitalisten fließen, haben zwar die Produktion nicht angezogen, sie haben nur das Spekulationspiel an der Börse gesteigert. Obwohl nach der Kräftefrage keine Ursache dazu vorhanden ist, liegen die Kurse flüchtig. So war der Index für Aktien an der Berliner Börse am 13. April 1932 10,5 und am 15. November 61.
Im November sind die Erwerbslosenzahlen wieder stark angestiegen — der „Silberstreifen“ hat sich schon längst in einen Nebelstreifen aufgelöst. Kein Gedanke daran, daß der „Tiefpunkt“ der Krise erreicht sei.
Alles Gerede der Kapitalisten, der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über einen bevorstehenden Beginn eines Aufstieges in der Wirtschaft ist entweder haltlose Utopie oder bewußter Betrug. Die Hoffnungen auf eine Anturbebung der Wirtschaft durch die Papen-Verordnungen haben sich bisher in keiner Weise erfüllt; sie werden an dem Werkstoffproblem zerfallen. Das Papen-Programm auf Kosten der werttätigen Schichten hat ein Fiasko erlitten. Die fortgesetzten Angriffe auf die Löhne, Keinen Gehälter und Unterstellungen bringen eine weitere ungeheure Schwächung der Kaufkraft der breiten Schichten. Die schlesischen Industriellen haben auf ihrer Tagung bestätigt, daß die Maßnahmen der Papen-Regierung — diese Maßnahmen werden von der Schleicher-Regierung in ihren wesentlichen Zügen fortgesetzt — zu ihren Gunsten erfolgt sind. Deshalb haben auch sie, wie es in dem Referat des Geschäftsführers des Bundes Schlesischer Industrieller, Dr. Hermann Waier, Breslau, heißt, ihre Zustimmung gefunden. In der angenommenen Entschließung wird das im März 1931 verabschiedete Wirtschaftsgesetz dankbar begrüßt. Die kommunistische Partei hat dieses Wirtschaftsgesetz deshalb bekämpft, weil durch dasselbe Hunderte von Millionen Mark werttätiger Steuergeber in den Taschen der Industriellen und Agrarier

Explosion in der Kriegsrüstungshölle Bommnick

15 Arbeiter unter den Mauern begraben — kommunistische Reichstagsfraktion fordert sofortige Hilfe für die Opfer dieser Katastrophe

Berlin, 8. Dezember. (Fig. Drahtber.) Gestern vormittag um 9 Uhr ereignete sich im Betrieb der IG-Farben in Bommnick, einer der bedeutendsten Kriegsrüstungshöhlen, eine furchtbare Explosion. Mauern von 1 bis 2 Meter Durchmesser wurden durchbrochen. Das Dach der Sauerstoffabteilung flog zur Hälfte in die Luft. Unter den zusammenbrechenden Mauern wurden 15 Arbeiter begraben. In den Nachmittagsstunden gelang es, 11 aufs grauenhafteste verkümmerte Arbeiter aus den Trümmern zu bergen. Die 2300 Mann starke Belegschaft des Werkes und die gesamte Bevölkerung von Bommnick ist in größter Erregung. Die Direktion versucht krampfhaft die Ursache des Unglücks zu vertuschen. Als die sofort herbeigeeilten kommunistischen Landtagsabgeordneten Gohlfeld, Kasper und Schwenk Einlass in das Werk begehrten, wurden sie von der Werkpolizei daran gehindert, ebenso der Verichterhatter der Zeitung. Die gesamte Bevölkerung ist über die Ursache des Unglücks und die Schuld der Direktion an dem grausamen Betriebsmord einer Meinung. Die Direktion erklärte, daß die Ursache dieser Explosion eine Sauerstoffflasche sei, nach einmütiger Meinung der Arbeitermassen

aber die Explosion einer Sauerstoffflasche nicht solche Schäden haben kann. Vielmehr wird behauptet, daß in sogenannten Zentrifugen und in Ecken Schießbaumwolle oder Pulver gelagert hat und daß bei Schweißarbeiten dieser Schießstoff zur Explosion kam.
Die furchtbare Katastrophe in der Kriegsrüstungshölle der IG-Farben in Bommnick nahm die kommunistische Reichstagsfraktion sofort zum Anlaß, in der gestrigen Sitzung für die unglücklichen Opfer vorzutreten. Genosse Herem verlangte strenge Untersuchung unter Mitwirkung der von der Belegschaft gewählten Vertrauensleute zur Feststellung der Schuldfrage. Übernahme der Verantwortung aller Opfer, ferner Zahlung einer lebenslänglichen Rente in Höhe von 200 Mark monatlich für jede Witwe und jeden Pensionsinvaliden und je 50 Mark monatlich für jeden Unterhaltungsbedürftigen. Zu dem Augenblick, wo unser Genosse die Schuldigen an der Katastrophe anprangerte, bewährten sich die Patentkreuzler als die schüttesten Agenten der christlichen und jüdischen Kapitalisten. Sie brachen in Lärmszenen aus.

Rotationsmaschine der „Roten Fahne“ erneut versiegelt

Berlin, 8. Dezember. Gestern erschienen Kriminalbeamte in den Räumen der Druckerei der „Roten Fahne“ und nahmen wieder eine Versiegelung der erst vor kurzem freigegebenen Rotationsmaschine vor. Die Polizei erklärte, diese Maßnahme erfolge, weil angeblich ein Schulungsmaterial über das 12. G.K.F.-Plenum auf der Rotationsmaschine gedruckt worden sei und das Material habe hochverräterischen Inhalt.
Die herrschende Klasse steigert ihre Verfolgungsmaßnahmen gegen die proletarische Presse und deshalb ist es notwendig, daß die Betriebe, Stempelstellen und alle antikapitalistischen Organisationen erneut eine Protestwelle für die Freigabe der Rotationsmaschine einleiten. Die Sammlung für den Verteidigungsfonds der kommunistischen Presse muß auf Grund dieser Meldung gesteigert werden.

Gefangenen“ und wir fordern die Freilassung des Antifaschisten Barti.
Nach geraumer Zeit trafen zwei Polizei-Überfallkommandos ein, die die Demonstranten zerstreute. Ein Arbeiter wurde festgenommen.

Hindenburg Arbeiter demonstrieren

Hindenburg, 8. Dezember. In den gestrigen Abendstunden gegen 18 Uhr demonstrierten auf der Dorotheenstraße Arbeiter mit den Rufen: „Nieder mit der Klassenjustiz und heraus mit dem zum Tode verurteilten Antifaschisten Barti.“
Im Verlaufe der Demonstration sammelten sich in den Straßen ungefähr 500 Personen, unter wiederholten Rufen gegen Sondergerichtsjustiz und Rufen: „Heraus mit den proletarischen, politischen

Und am Sonntag?

jeder Arbeiter eine Groschenbrotschübe vom Lit. Schumann der K.P.D.

RUND UM DEN ERDBALL

Gas im nächsten Krieg

Wie für unseren „Schutz“ gesorgt wird — Gibt es eine Rettung bei Gasangriffen?

Am Sonnabend fand im Herrenhaus eine Sitzung der Ärztekammer von Berlin mit dem Thema „Ärztliche Hilfeleistung beim Gaschutz“ statt. Was die beiden Referenten, Privatdozent Giller und Regierungsmedizinalrat Busch über Gaserkranlungen und Gaschutz vortragen, ist aus den Veröffentlichungen, die in den letzten Monaten in der gesamten medizinischen Fachpresse erfolgten, bekannt. Neu war lediglich die Mitteilung, daß heute im Gebiet des ganzen deutschen Reiches der Luft- und Gaschutz derart organisiert ist, daß in jedem noch so kleinen Nest Polizei, Feuerwehr, Sanitätsorganisationen und technische Nothilfe für den Ernstfall gedrillt werden. Dr. Busch, als Vertreter der Regierung, erklärte die Organisation dieses Schutzes als eine der wichtigsten Aufgaben. Auch hieraus ist zu ersehen, daß offenbar mit dem Ernstfall in nicht allzu ferner Zeit gerechnet werden muß.

Gegen „Geldkreuz“ und „Grünkreuz“, gegen „Phosgen“ und „Lewisit“ und gegen die neuen Gase, deren verheerende Eigenschaften von den Regierungen der kapitalistischen Länder ängstlich geheimgehalten werden, helfen die bekannten Schutzmittel, Gasmaske und Schutzanzug, nur teilweise. Ihre Anschaffung kommt für die gesamte Bevölkerung überhaupt nicht in Frage. Dazu sind die Kosten zu hoch. Notwendig aber ist, nach der Ansicht der Referenten, die „Gasdisziplin“ unter der Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Sie an die Gefahren des Krieges zu gewöhnen und in dem trügerischen Glauben zu erhalten, daß es einen ausreichenden Schutz gegen die chemischen Kampfstoffe gäbe.

Wenn die Ärzte sich mit der Frage der Behandlung der Kampfstofferkranlungen eingehend beschäftigen, so wird in der Bevölkerung das beruhigende Gefühl entstehen: „Wir sind im Ernstfall gut versorgt.“ In diesem Zusammenhang verlangte Medizinalrat Busch als Hauptaufgabe des passiven Luftschutzes die Verhinderung einer etwa entstehenden Panik, die gründliche Ausbildung der technischen Hilfskräfte, also des aktiven Teiles der Bevölkerung, der gleichzeitig mit den modernsten Gaschutzgeräten versehen sein muß, und die Durchführung eines großzügigen Luftmelde- und Warndienstes für Bevölkerung und Betriebe. Neben der Vorbereitung dieser im Moment der Gefahr notwendigen Einrichtungen muß als Ziel der Gegenwart eine möglichst umfassende Aufklärung der gesamten Bevölkerung einsehen. Hierbei soll man sich der Gewerkschaften, der Schulen, der Vereine bedienen.

Mit der Arbeit unter den Schulkindern ist übrigens in Berlin schon begonnen worden. In verschiedenen höheren Schulen hat der Kapitänleutnant a. D. Eduard Schmidt, Mitglied des „Sachverständigenausschusses im Deutschen Luftschutzverband“, interessante Vorträge gehalten. Das städtische Film- und Bildamt hielt vor einer Anzahl von Volksschullehrern einen Lichtbildvortrag ab, zu dem ein Ingenieur Veres mündliche Erläuterungen gab. Für die Jugendlichen ist übrigens beim Gaschutz der Zivilbevölkerung eine besonders ehrenvolle Aufgabe vorgesehen. Jedem Polizeirevier, das im Ernstfalle sofort zum „Luftschutzrevier“ umgebildet wird, werden acht Jugendliche mit Nährködern beigegeben, die als „Warntrupps“ vor den Gaswolken her durch die Straßen zu jagen haben und die Bevölkerung ermahnen sollen, sich vor dem Kampfgas zu schützen.

Wie aber wird dieser Schutz aussehen? Regierungsrat Busch erklärte, daß der persönliche Schutz nur dem aktiven Teil der Bevölkerung, also einer außerordentlich kleinen Zahl, zugänglich gemacht werden könne, während sich die übrigen, die Passiven, mit einem mehr oder weniger gut funktionierenden Sammelschutz begnügen müßten.

In Kellern und Tunnelräumen muß die Bevölkerung abwarten, bis der Gasangriff vorüber und alle Gefahren, die durch Ansammlung des Kampfstoffes am Erdboden, in der Kanalisation, im Trinkwasser, an den Häuserfronten, auf Bäumen, in Nahrungsmitteln, an Kleidungsstücken und Abdichtungsmaterial entstanden, durch die Entleerungstrupps beseitigt sind. Aber: Die lebenswichtigen Teile der Industrie müssen in erster Linie geschützt werden. „Lebenswichtige Teile“ der Industrie sind nach Medizinalrat Busch nicht etwa die in der Fabrik beschäftigten Werkstätten, die Facharbeiter und Ingenieure; lebenswichtige Teile sind vielmehr die Kraftwerke und die Betriebsanlagen, die eventuell durch Vernebelung und Bau von „Scheinanlagen“ geschützt werden müssen. Auf diese Scheinanlagen sollen die Flieger ihre Gasbomben abwerfen in der Vermutung, ein wichtiges Industrieunternehmen dadurch lahmzulegen.

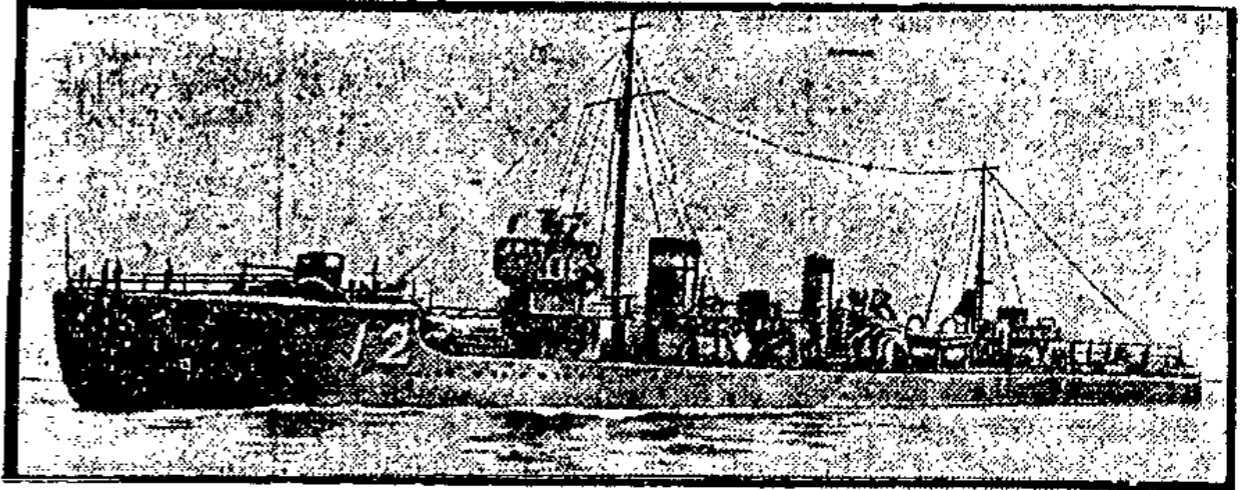
Nicht immer wird es gelingen, die Wasserleitungsanlagen unversehrt zu erhalten. Im Gegenteil! Eine einzige Gasgranate, die in dem Sammelbehälter zur Explosion kommt, kann das Trinkwasser einer ganzen Stadt verheizen, so daß schon der Genuß ganz kleiner Mengen tödlich wirkt. Auch zur Löschung von Bränden ist verheißenes Wasser nicht mehr verwendbar. Die Feuerwehrautos müssen also mit Sand ausgerüstet sein. Womit aber die verängstigten, in unartikulärer Enge zusammengedrängten Frauen und Kinder, die Jugendlichen und Greise

ihren Durst stillen sollen, das wird nicht gesagt. Hier wird wahrscheinlich die Gasdisziplin und die straffe Organisation, die unter Umständen mit Gewalt durchgeführt werden muß, das einzige Mittel bleiben, um den Durst zu löschen.

Die Diskussion wurde fast ausschließlich von den Vertretern der Gruppe „radikale Opposition“ bestritten. Nationalsozialistische und sozialdemokratische Ärzte beschränkten sich lediglich darauf, ihre Bereitwilligkeit, an der Organisation des Luft- und Gaschutzes aktiv mitzuarbeiten, zu erklären. Die Vertreter der Gruppe „radikale Opposition“ erklärten, daß es in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Möglichkeit gäbe, die werktätige Bevölkerung vor den Gefahren der chemischen Kampfstoffe zu schützen. Im Gegenteil! Täglich sei sie den Gesundheitschädigungen, die das Gas bringe, ausgesetzt. Die Hamburger Phosgenkatastrophe, die schweren Vergiftungen im Leunawerk, sind ja nur durch ihre Ausmaße der Katastrophen der Öffentlichkeit bekannt geworden. Wie oft aber werden derartige Vorkommnisse wegen angeblicher Geheimschuldigkeit der Öffentlichkeit verschwiegen. Ja, auch im Frieden wird ja schon von der Polizei der kapitalistischen Länder Gas gegen die hungernden Erwerbslosen angewendet.

Japanischer Zerstörer im Sturm gesunken

Der 9000 Tonnen große japanische Zerstörer „Sawarabi“ wurde von einem schweren Sturm von seinem Ankerplatz in der Nähe der Insel Formosa losgerissen und ist bei Putschau gesunken. Von der fünfzigköpfigen Besatzung sollen nur 14 Matrosen gerettet worden sein.



Aus aller Welt

In Charkow wurde ein neuer Flughafen eröffnet. Er ist nach den modernsten technischen Gesichtspunkten ausgebaut und soll als Zwischenlandeplatz für den Verkehr zwischen Europa und Persien dienen.

Durch die Explosion einer Bombe in einem Autobus wurden in Buenos Aires 17 Personen zum Teil schwer verletzt.

In ganz Spanien herrscht starker Frost mit Schneefall. In den Bergen der Provinz Valencia treten Wolfsheerden auf, denen auch bereits ein Mensch zum Opfer fiel.

Die italienische Europaflygerin Angelini ist bei Beginn ihres Afrikafluges zwischen Bengasi und Tobrud tödlich abgestürzt.

Bei Kovel in Wolhynien wurde ein Bauer von einem Rudel Wölfe überfallen und zerrissen. Die Bevölkerung, die vor der überhandnehmenden Wolfepilgung in Furcht lebt, hat jetzt Abwehrmaßnahmen vorbereitet.

Feuerüberfall auf Kraftwagen

Münster, 7. Dezember. Der mit mehreren Personen besetzte Kraftwagen des Lehrers Spreewald aus Ortelsburg ist in der vergangenen Nacht im Rudauer Wald überfallen worden. Quer über die Straße war ein Baumstamm gelegt worden.

Als sich der Kraftwagen bis auf etwa 20 Meter dem Hindernis genähert hatte, fielen acht Schüsse, von denen einer Spreewald in den Kopf traf. Seinen Begleitern gelang es, den Wagen sofort zu wenden und den Verletzten in die nächste Stadt ins Krankenhaus zu bringen.

Wie später festgestellt wurde, war vor dem Baumstamm ein Drahtseil über den Weg gespannt gewesen, das aber bereits von einem vorher durchfahrenden Kraftwagen zerrissen worden sein muß.

Tränengasangriffe in Amerika, in Polen, in Frankreich gegen halbverhungerte Demonstranten, Auslösung der Polizei mit Tränengasapparaten in Deutschland, hier denkt niemand daran, die Werttätigen zu schützen. Aber auch im sogenannten „Ernstfalle“ wird nicht einem jeden geholfen werden.

In der Zeitschrift „Gaschutz und Luftschutz“ vom Oktober 1932 schreibt der Polizeioberst Nagel: „Der Abtransport von Personen, die wegen hohen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit nicht imstande sind, aus eigener Kraft die nötigen Schutzmaßnahmen oder die rechtzeitige Flucht zu ergreifen, ist mit denselben oder noch größeren Schwierigkeiten wie der von Frauen und Kindern verknüpft. Das staatliche Interesse an ihrer Rettung ist jedoch geringer als bei diesen, so daß der Staat wohl kaum die damit verbundenen Nachteile und Kosten auf sich nehmen wird. Sie werden daher sich selbst und der Fürsorge durch ihre Familie überlassen bleiben.“

Nach der Ansicht der Kriegstreiber aller Länder ist „der Gaschutz die humanste Art, einen Menschen kampfunfähig zu machen“. Die Giftgasindustrie und die Giftgaschutzindustrie sind ebenso wie die anderen Zweige der Rüstungsindustrie an einem kommenden Kriege interessiert. Papierene Resolutionen, wie sie der Völkerbund gegen die Anwendung der Kampfstoffe verfaßt hat, haben keinen Zweck. Die Gefahr kann nur abgewendet werden, wenn die Massen der Werttätigen und damit auch alle ihre Aufgaben ernstnehmenden Ärzte ihren wahren Feind in dem ständig neuen Kriege und neues Elend erzeugenden kapitalistischen System erkennen, bekämpfen und besiegen lernen.

Mörder von Wuhlheide wieder aufgetaucht

Was zwei Mädchen erzählen

Gestern abend meldeten sich bei dem Polizeiposten am Bahnhof Wuhlheide zwei junge Mädchen, die erzählten, daß sie soeben im Walde, den sie durchqueren, von einem Manne angeprochen worden seien.

Der Mann habe ihnen die gleiche seltsame Frage vorgelegt, wie der Frau Sommerfeld und ihrer Tochter: „Komme ich hier zum Total von Rötter?“ Die Mädchen seien dann sofort geflüchtet, um zum Polizeiposten zu laufen.

Die Mordkommission, die in der Revierwache am Bahnhof Wuhlheide ihr Quartier aufgeschlagen hat, ordnete sofort eine große Razzia an, die jedoch erfolglos war. Ein Mann wurde zwar festgenommen, aber der war durchaus harmlos.

Die Polizei prüft gegenwärtig nach, ob die Angaben der Mädchen glaubhaft erscheinen können.

Geheimnistoller Mord

In einem Wasserloch in der Nähe von Wahrensdorf bei Eutin wurde der Siedler Möller, in Sackleinwand gewickelt und verschürt, tot aufgefunden. Er sollte in einem Strafprozeß als Belastungszeuge vernommen werden, und man nimmt an, daß ein Verbrechen an ihm begangen wurde.

Glosse vom Tage

Nehmen Sie einen Naziaufruf ernst?

Ich jedenfalls nicht. Würde man all die Aufrufe und Erklärungen, die die Nazis im Laufe dieses Jahres veröffentlicht haben, aneinanderreihen, es würde sich kaum ein Mensch finden, der noch einen Naziaufruf oder eine Erklärung von ihnen ernst nehmen würde.

Wie oft haben sie schon in diesem Jahre erklärt, daß morgen die Entscheidung fällt, daß sich morgen bereits Hitler an der Macht befindet. Freilich, sie spekulieren vielfach oder hauptsächlich auf die Bergeglücklichkeit, rechnen damit, daß die Leser heute vergessen haben, was man ihnen gestern erzählt hat.

Nun ereignet sich der groteske Fall, daß die Nazis, oder besser gesagt der „Angriff“, den Beweis erbringen will, daß die Leser seine Aufrufe gar nicht ernst nehmen. Im „Angriff“ wurde seinerzeit nämlich ein Aufruf veröffentlicht, in dem die Nazis aufgefordert werden, die Hugenberg-Presse nicht zu lesen. Hugenberg klagte auf 300 000 Mark Schadenersatz. Goebbels argumentiert nun damit, daß dem Hugenberg oder dem Scherl-Verlag aus dem Aufruf kein Schaden erwachsen sei, weil kein Mensch den im „Angriff“ erschienenen Aufruf ernst genommen hätte. Handelt es sich hier um beginnende Selbsterkenntnis?

Daß immer weniger Menschen die Naziaufrufe und -erklärungen ernst nehmen, ist heute allgemein bekannt. Trotzdem ist der „Angriff“ der letzte, der das zugeben wird. Hier handelt es sich nur um eine Art „jüdischen Dreh“, um nicht die 300 000 Mark zahlen zu müssen.

Immerhin ist es doch interessant, daß der „Angriff“ seine Leser auffordert, zu erklären, daß sie seine Aufrufe nicht ernst nehmen.

Leo.

Arbeitslosenblut wird verkauft

Ein zehntel Liter Arbeitslosenblut für 20 Mark in Budapest

In der „Berliner Volkszeitung“ vom 7. Dezember finden wir ein Bild, das Arbeitslose zeigt, die in einem Budapester Spital sitzen und warten, daß man ihnen je ein zehntel Liter Blut abzapft. Dafür erhalten sie je 20 Mark.

Es ist also in buchstäblichem Sinne des Wortes wahr geworden, daß die Arbeitslosen ihr Blut hergeben, um ihren Hunger stillen zu können. An der Spitze der ungarischen Regierung steht der Führer der ungarischen Rassenführer, Gömbes, der Mann, der in Ungarn die gleiche Rolle spielt, wie Hitler in Deutschland. Er ist der Begründer der „erwachenden Laggen“, der ungarischen Nazi-Partei. Zwischen ihm und der Hitler-Partei bestehen auch die engsten Beziehungen.

Nun ist in Ungarn das „Dritte Reich“ bereits Latzfaß. Der

Führer der dortigen Nazi-Partei steht an der Spitze der Regierung. Wie ist es dort um die Arbeitslosigkeit bestellt? Seit der Übernahme der Regierung durch Gömbes, vor einigen Monaten, ist die Arbeitslosigkeit noch gestiegen. Das Elend der Arbeitslosen ist ungeheuer. Arbeitslosenunterstützung wird dort überhaupt nicht gezahlt. Im „Dritten Reich“ zahlt man eben keine. Dafür aber ermöglicht man es den Arbeitslosen, ihr Blut in den Spitalern zu verkaufen, um den Hunger stillen zu können.

Trotzdem, Ungarn bildet in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Auch in Deutschland bieten sich Arbeitslose an, um ihr Blut für einige Mark zu verkaufen. Soweit haben wir es gebracht. Das ist eine Errungenschaft der kapitalistischen Zivilisation und des Dritten Reiches.

Demokratie innerhalb der Gewerkschaften

Gelder fließen ohne Beschluß der Mitglieder in die Kassen der SPD. — Folgt überall dem Beispiel der Saganer Kollegen — Nehmt den innergewerkschaftlichen Kampf auf!

Sagan. Die SPD. verliert mit Hilfe der Gewerkschaften nicht nur ihren Massencharakter zu verlieren, sondern selbst ihre Finanzen zu stärken. So wurde erwiesen, daß der Gesamtverband Sagan sowie der Textilarbeiterverband der SPD. Gelder zur Organisierung der Wahlen zur Verfügung stellte. Beim Gesamtverband sind diese ausdrücklich als „Wahlkampfgelder“ verbucht. Der Gesamtverband bemühte sich während der Wahl, gewerkschaftlich organisierte SPD.-Arbeiter für den Saalfiskus zu gewinnen. Da diese sich nicht immer sofort zur Verfügung stellten, wurden ihnen für jeden Abend 75 Pennig ausgehändigt. Für die Sache der SPD. ist das ein sehr schlechtes Zeichen. Genau wie Hagenberg bekommt sie also nur Wahlhelfer, wenn sie diese bezahlt. Daraus geht hervor, daß

die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, ja selbst die Mitglieder der SPD. nicht mehr gewillt sind, die Politik dieser „Ärzte am Kapitalismus“ zu verteidigen.

In der letzten Vollversammlung des Gesamtverbandes, die am 27. November im „Volkshaus“ stattfand, nahm der parteilose Kollege Suder unter Punkt „Gewerkschaftliches“ zu den Wahlgeldern für die SPD. Stellung. Der Kollege wollte darüber Auskunft haben, wo der Beschluß, diese Gelder der SPD. zur Verfügung zu stellen, gefaßt wurde. Weder die Ortsverwaltung noch der Gesamtverband konnten einen solchen Beschluß nachweisen, und trotzdem mußte zugegeben werden, daß für diesen Zweck erhebliche Gelder verwendet wurden.

Der Kollege Suder verteidigte die innergewerkschaftliche Demokratie, die von der Gewerkschaftsbürokratie mit Füßen getreten wird und stellte fest, daß letztere gegen die Statuten verstoßen hat, vor allem gegen die Paragraphen 33 und 35.

Der Kollege erklärte, wenn der SPD. Gelder zufließen, so muß auch die SPD. durch die Gewerkschaften finanziell unterstützt werden. Er beantragte daher, daß ein Betrag in derselben Höhe, wie er der

SPD., zwar nicht der SPD., aber der Roten Hilfe im Interesse des Kampfes um die Befreiung der proletarisch-politischen Geblangenen zur Verfügung gestellt wird. Ueber diesen Antrag entspann sich eine erregte Debatte. Es fielen aufgeregte Zwischenrufe. Einige sprachen für den Antrag, andere, vor allem Funktionäre, sprachen dagegen. Der parteilose Kollege Lehnhardt sprach empört gegen die Verwendung von Verbandsgeldern für politische Zwecke. Schließlich wurde ein Antrag des Kollegen Deleers auf Schluß der Debatte angenommen. Die Abstimmung über den Antrag ergab eine große Zahl von Stimmenthaltungen, die zusammen mit der Mehrheit, die für den Antrag des Kollegen Suder stimmte, eine Mehrheit ergeben hätte. Daß diese Kollegen sich überhaupt der Stimme enthalten haben und nicht für

Wüstegiersdorfer Erwerbslose im Kampf gegen Hunger und Frost

„Wir verstehen für unsere Ernährung zu kämpfen“

Wüstegiersdorf. Ein Winter der tiefsten Not steht vor der Arbeiterkassette, insbesondere vor den Erwerbslosen, Rentnern und sonstigen Unterstützungsempfängern. Die bürgerlichen Parteien und die SPD. versuchen durch großes Geschrei über „Winterhilfe“ der Öffentlichkeit ihr wohlwütiges Herz zu zeigen. Im vorigen Jahr führte die Arbeiterwahlkassette gemeinsam mit den christlichen Organisationen die „Winterhilfe“ durch. Dieses Jahr will der Pastor Sühner nur seine Anhänger unterstützen und so will es auch die SPD.-Wahlkassette. Die große Masse der Werktätigen dagegen kann weiter hungern. Die sozialdemokratischen und christlichen Unterstützungsberechtigten müssen eine solche Vorkriegshilfe ablehnen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die nicht fähig ist uns Arbeit

zu geben, ist verpflichtet, uns zu ernähren! Tut sie es nicht, so werden wir verstehen, für unsere Ernährung zu kämpfen! Der Erwerbslosenausschuß hatte alle Organisationen zu einer gemeinsamen Besprechung aufgefordert, um über den Weg des Kampfes zur Rettung vor Hunger und Frost zu beraten. Zu dieser Sitzung hatten alle eingeladenen Organisationen ihre Vertreter entsandt. Mitten in der Tagung erschienen plötzlich vier Landjäger mit dem Sturmriemen unter dem Kinn und wollten die Sitzung auflösen, weil es nach ihrer Meinung eine verbotene Versammlung war. Die Erwerbslosen können daraus ersehen, wie elender Betrug die Schnorrerei der Polizei in den Städten für die bürgerliche „Winterhilfe“ darstellt. Die Sitzung der Organisationsvertreter, in der zum Kampf der Erwerbslosen um Winterhilfe ernsthafte Stellung genommen wurde, wollten sie am liebsten mit dem Gummiknüppel auseinanderhauen. Das ist ihnen allerdings nicht gelungen. In der Sitzung wurde beschlossen, den Erwerbslosen folgende Forderungen zu unterbreiten:

1. Lebensmittelgutscheine pro Woche für sämtliche Unterstützungsempfänger von 1 Mark, für jedes weitere Familienmitglied 0,50 Mark.
2. Kartoffelgutscheine werden pro Monat und Haushalt für je einen Zentner gewährt.
3. Kohलगutscheine werden pro Monat und Haushalt für je drei Zentner gewährt.
4. Die Naturalieferungen dürfen nicht auf die Unterstützung ausgerechnet werden.

In der Sitzung wurde ein provisorischer Solidaritätsausschuß konstituiert. Aufgabe der Erwerbslosen ist, durch geschlossenes Auftreten durch den Massenkampf die Verwirklichung dieser Forderungen zu erzwingen.

18 Arbeiter treten in Grünberg der Roten Hilfe bei

Grünberg. Am 26. November veranstaltete die Rote Hilfe Grünberg in der „Reichshalle“ einen Werbeabend nicht fahnenweilich. Die Veranstaltung war gut besucht. Die Grünberger Arbeiterkassette gelobte in dieser Versammlung mit der Roten Hilfe gegen die Klassenjustiz für die Freilassung aller proletarisch-politischen Geblangenen zu kämpfen. Achtzehn Arbeiter traten der Roten Hilfe bei.

20 Fortbildungsschulen im Kreise Sagan-Sprottau geschlossen

Verstärkt die revolutionäre Arbeit in den Berufsschulen!

Vor etwa einem Monat meldete die Telegraphen-Union, daß sich infolge der finanziell angespannten Lage des Kreises, der Vorsitzende des Kreisausschusses von Sprottau genötigt gesehen habe, insgesamt

20 Knabenfortbildungsschulen im Kreise Sprottau-Sagan zu schließen.

In einem großen Teil der Ortschaften seien Zusammenlegungen zu einer Schule erfolgt.

Während in der Sowjet-Union mit jedem Tage des sozialistischen Aufbaus die Fortbildungsmöglichkeiten für die wertvolle Jugend größer werden, zeigen sich bei uns bereits sehr ernste Erscheinungen, die eine gewaltige Senkung des Bildungsniveaus der heranwachsenden proletarischen Jugend zur Folge haben werden.

Es sei nur erwähnt, daß es in diesem Winter schon vorgekommen ist, daß die Kinder ganzer Ortschaften die Schule nicht besuchen können, weil sie keine Schuhe, keine Winterkleidung usw. haben.

Wenn man nun Fortbildungsschulen ganz und gar schließt, so ist hierbei nicht nur zu beachten, daß der Schulbetrieb verengert wird, — der Schulbetrieb wird auch verändert.

Die Berichte, die uns aus Kreisen der Berufsschüler zugehen, zeigen übereinstimmend, daß die Bourgeoisie versucht, die bisher zur beruflichen Fortbildung und Vervollkommnung benutzte Berufszeit, dazu zu verwenden, die wertvolle Jugend in weiter verschärfter Form zu faschisieren und zu militarisieren. Wir erinnern an die Luftschulungen, zu denen man die Berufsschüler heranzog. Wir weisen auf die starke Betonung des Lehrfaches „Staatsbürgerkunde“ hin. Beide Methoden in Verbindung mit vielen, den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Methoden, dienen dazu, die chauvinistische Welle unter den Berufsschülern vorwärts zu treiben.

Über auch in der Art und Weise, wie die Jungarbeiter, Jungangestellten und Lehrlinge an den Berufsschulen behandelt werden, zeigt sich das Bestreben, Kadavergehorsam und Kasernehofbrill wieder aufleben zu lassen.

In Breslau z. B. amtiert an der Städtischen Berufsschule ein stellvertretender Direktor Wildenhoff. Dieser Direktor pflegt, wenn ein Lehrer mit irgendeiner Beschwerde über einen Schüler sich an ihn wendet, zunächst einmal den Schüler gehörig anzuschreien und nachdem er genügend geschrien hat, den Jungen nicht eben sanft, ohne ihn zu Wort kommen zu lassen, aus dem Zimmer hinauszumerfen. Der Gipfel aber ist, daß er, wenn er eine Arreststrafe verhängt, den Arbeitgeber hiervon telephonisch informiert.

Diese Informationen haben schon eine ganze Reihe von Jugendlichen die Lehrstelle bzw. die Arbeitsstelle gelöst, und diese Informationen erfolgen gewöhnlich dann, wenn es sich um Schüler handelt, die den Herren des Kollegiums nicht angenehm sind, z. B. im Staatsbürgerunterricht mit einer anderen als der angepriesenen Auffassung hervortreten.

In Landeshut entwickelt der Gewerbeoberlehrer Zilgner in der gewerblichen Fortbildungsschule eine ganz besondere Methode. Im Rahmen des Unterrichts unterhält sich dieser Lehrer mit den Schülern über Zeitungsberichte und dergleichen, aber wehe dem Schüler, der etwa widerspricht und seine eigene Meinung zum Ausdruck bringt! — der bekommt Ohrfeigen!

Der KPD. und die Jugend-KPD. haben die Aufgabe, auch an der Berufsschulfront die Arbeit zu verstärken.

Gerade jetzt, wo die neue Regierung, die Schleicher, Bracht und Syrup zu neuen Anschlägen gegen die wertvolle Jugend ausholen, darf es keine Berufsschule ohne Berufsschulzeitung geben, müssen in jeder Berufsschule Versammlungen durchgeführt werden, muß in jeder Berufsschule ein Netz von revolutionären Vertrauensleuten geschaffen werden, müssen wir mit allen Kräften daran gehen, den Faschierungsversuchen der Bourgeoisie durch die Berufsschule mit dem Mittel der passiven Resistenz, des Berufsschulstreiks, entgegenzutreten.

Gleichzeitig gilt es in den Betrieben, in Verbindung mit allen übrigen Forderungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, die besondere Berufsschülerforderung stärker als bisher zu stellen:

Die Berufsschüler müssen insbesondere fordern: Verlegung der Berufszeit in die Arbeitszeit. Tarifliche Bezahlung der Berufszeit. Unentgeltliche Lieferung sämtlicher Lehrmittel seitens des Arbeitgebers. Bücher, Reizzeuge, Hefte usw.

In vielen Fällen müssen die Schüler die Straßenbahn benutzen. Von ihrem Hungerlohn können sie das Fahrgeld nicht bezahlen, also muß es der Arbeitgeber bezahlen.

Das Einkommen des Jahresabes kostet ebenfalls Geld, daß der Jugendliche durchaus nicht entbehren kann.

In der Berufsschule und im Betrieb müßt ihr, Berufsschüler, den Kampf um alle eure Forderungen organisieren.

Die Einheitsaktion der werktätigen Jugend macht alle Pläne der Bourgeoisie zunichte!

Grünberger Randfiedlung als Hungerfiedlung

Planmäßig versucht der Vorstand der „Notgemeinschaft“ Arbeiter zu verdammen. Nachdem die Futtertruppenpolitiker der Nazi- und der SPD. sich monatelang in den Haaren gelegen haben, wer von beiden die Oberleitung über die Verdummungsorganisation (Notgem.) übernehmen soll, haben beide, die Nazis sowohl wie die SPD., jede ihren eigenen Laden aufgemacht. Sie versuchen nun jeder für sich einer den anderen zu überbieten, wer wohl am besten die Arbeiter betrügen könnte, um sie von ihrer Hauptaufgabe, dem revolutionären Klassenkampf, abzuhalten. Den verräterischen Charakter der Nazi-Notgemeinschaft hat wohl jeder denkende Arbeiter erkannt. Zu offenkundig hat die Nazi-SPD.-Organisation Politik gemacht zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Ausbeuterregimes. An der Zeit ist es, daß jeder Erwerbslose auch die anderen falschen Freunde richtig erkennt, die sich „Neutrale“ nennen (Sprich: „Notgemeinschaft zur Erhaltung sozialdemokratischer Wählerstimmen“). Auch sie leistet, wie die Nazis, dem kapitalistischen System Helfersdienste. Was dem Proleten von der Notgemeinschaft in den Unterhaltungsabenden geboten wird, ist rein bürgerliches Theater, es ist alte Zeit, es hat nichts mit der Aufgabe der Arbeiterkassette, „Aufbruch aus der Zeit, die nicht die unsere ist“, zu tun. Wer könnte auch von den SPD.-Führern verlangen, daß sie für sozialistische Darbietungen sorgen, viel zu lange schon segeln sie unter getarnter Flagge, um die Arbeiterkassette zu verdammen. Schon hat der 6. November auch in Grünberg gezeigt, daß es bei den sozialdemokratischen Arbeitern zu dämmern anfängt, auch sie lernen ihre falschen Freunde erkennen. Schon ist ein Teil zur revolutionären Massenfront gestoßen, größere Teile werden mit wachsender Erkenntnis an der kämpfenden Einheitsfront teilnehmen.

Möge der Vorstand der Notgemeinschaft weiter in der bürgerlichen Presse von einem langersehnten Wunsch der Erwerbslosen für Randfiedlung fesseln, möge er weiter vor den Dienern des Raubsystems im Namen der Siebler in die Knie fallen. Bald werden auch die Siebler und mit ihnen viele andere sozialdemokratische Arbeiter erkennen, daß hier, wo eine ganze Industrie in die Brüche geht, es auch in Grünberg keine Rettung gibt, auch dort wird die Not all denen nachfolgen, die da glauben, einen Ausweg gefunden zu haben. Heute werden noch Randfiedlungen geschaffen, mit ungenügenden Mitteln, wenig Land, verbaute Wohnräume, in die nur wenig Licht einbringen kann. Es mangelt den Sieblern am notwendigsten. Denn bei den mit Erdarbeiten beschäftigten Erwerbslosen wird ein Hungerlohn gezahlt, und so ist die von der SPD. geförderte Randfiedlung nur als Hungerfiedlung zu bezeichnen.

Dem Vorstand der Notgemeinschaft sei an dieser Stelle gekagt.

der lang ersehnte Wunsch und Wille des überaus größten Teiles der Erwerbslosen ist nicht Hungerfiedlung.

Schon beginnen immer mehr sozialdemokratische Arbeiter ihren Willen im Klassenkampf zu erhärten, eines Tages werden sie ohne die Futtertruppenpolitiker, alle in den Reihen der revolutionären Einheitsfront die Zeit bewingeln, damit unser Aufbau, Brot und Arbeit bringt.

Heraus mit dem Antifaschisten Bartl!

Wüstegiersdorf. Die Funktionäre aller revolutionären Massenorganisationen nahmen folgende Protestresolution an: Die heute am 1. Dezember 1932 versammelten Funktionäre aller proletarischen Massenorganisationen, Vertreter von 500 Arbeitern, erheben schärfsten Protest gegen das Todesurteil, das gegen den Arbeiter Bartl gefällt wurde, verlangen Aufhebung desselben und sofortige Freilassung. Ferner verlangen die Versammelten Abschaffung der Sonder- und Standgerichte und geloben alle ihre Kräfte einzusetzen bis obige Forderungen reiflos durchgeführt sind.

Internationale Arbeiter-Hilfe. Roter Massenelbstschuß. Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

Görlitz

Möbel Ernst Boden
Görlitz, Peterstr. 16

M. & F. Weishaar
Damenhüte
Görlitz, Landkronstraße

Das Dokument: Die Erklärungen Leiparts für die Schleicher-Diktatur

Der Bericht über das sensationelle Interview des ADGW, Adolfs Leipart mit seinem heutigen Volkstribun zu Schleicher ist in der Berliner Zeitung „Excello“ vom 1. Dezember 1932 veröffentlicht. Der Bericht ist unterschrieben von dem Berliner Korrespondenten des „Excello“, Paul Genth, und datiert aus Berlin vom 3. Dezember. Der französische Journalist teilt mit, daß das Gespräch im zentralen Sitz des ADGW, „in einem luxuriösen Büro“ stattgefunden hat, wo ihn Leipart empfing. Die wertvolle Niederschrift des Interviews lautet:

Frage des Interviewers: „Wie wird die Haltung des ADGW gegenüber dem Reichsstandar sein?“

Leipart: „Was seine politische Vergangenheit anbetrifft, so haben wir dem Reichsstandar nichts vorzurechnen. Die letzte Frage steht im Vordergrund der Reformen und der Zweck des Verbandes ist, in den gewerkschaftlichen Reihen eine Entspannung herbeizuführen. Damit das neue Statut in seiner politischen Tätigkeit nicht durch den Widerstand der Arbeiter behindert wird.“

Bemerkung des Interviewers: „Ich fühle bei dem Ton, mit dem Sie sprechen, daß dieser die besten Verbindungen zu Schleicher hat und daß er sogar eine große Bewunderung für ihn empfindet.“

Leipart fährt fort: „Ich werde mich nicht auf politischen Boden wagen. Die Mission der Gewerkschaften besteht vor allem darin, ökonomische Probleme, Tarif- und Lohnfragen zu lösen. Vor allem haben wir den Herrn General gebeten, er möchte den Arbeitslosen Arbeit geben. Wir wollen außerdem, daß man die Arbeitslosen ändern, durch welche von Ihnen die Löhne und die Arbeitslosenunterstützung abgebaut hat. Diese Bedingungen haben wir gemildert, indem wir hinzusetzten, „Sobald die finanzielle Lage das ermöglicht wird.“

Der Interviewer: „Wenn der Herr General mit diesen Bedingungen einverstanden ist, wird der ADGW dem Reichsstandar die nötige Zeit geben, damit er die Macht stabilisiert?“

Leipart: „Nein, das wird uns nicht genügen. Wir werden noch verlangen, daß die neue Regierung für einige Zeit ihre Vorläufe über die Verfassungsreform und über das Wahlrecht beiseite legt.“

Interviewer: „Um zusammenzufassen, wenn ich gut verstanden habe, wäre der ADGW geneigt, sich der Militärkontrolle zu unterwerfen gegen einfache Versicherungen, denn die Erfüllung der Punkte, wie sie vorher angeführt wurden, wird doch bis zum 31. Nimmerleinstag dauern?“

Bemerkung des Interviewers: „Wie Sie die Worte „Militärkontrolle“ hört, kann der Gewerkschaftsführer eine Protestbewegung nicht unterdrücken und er fährt fort:“

Leipart: „Ich versichere Sie, daß der Herr General von Schleicher nicht der Mensch ist, den Sie sich vorstellen. Ja, ich weiß, er hat seinen Gedanken, die die französische Stimmung beunruhigt haben, aber als er die Gleichberechtigung vorantrieb, drückte er nur aus, was alle Deutschen denken. Niemand hier (in Deutschland), ich versichere Sie, wünscht den Krieg mit Frankreich. Jedenfalls ist die SPD. außerstande, dies zu tun.“

Die gesamte SPD-Presse schweigt die Erklärungen Leiparts an den Vertreter der Berliner Zeitung „Excello“ tot. Warum? Diese Erklärungen widersprechen dem Vertragsziel der SPD-Kämpfer, die bisher noch den Arbeitern vorreden wollen, daß sie in „Drohung“ mit Schleicher-Diktatur händen. Warum verheimlicht die SPD-Presse die eigenen Erklärungen für Schleicher. Aber um so ruhiger verhalten sich die SPD-Kämpfer in der Tat die tatsächliche Diktatur.

Das Ziel der SPD-Kämpfer darf nicht gelingen. Verbreitet es sich in den Parteien und Gewerkschaften die Wahrheit, daß die SPD. die unheilvollste Einheitsfront!

Wochen des ADGW: Protestiert gegen die Erklärungen Leiparts ist Leipzig sehr deutlich zum Ausdruck, daß ihr anderer Meinung ist. Die Gewerkschaften und Gewerkschaftsvereinigungen ohne Rücksicht auf die Diktatur von Schleicher und Hamerbschläge gegen die Arbeiter-Diktatur. Die revolutionären Ziele, die Arbeiterbewegung und die Interessen des ADGW müssen die ersten sein, die diese Diktatur ablehnen.

20 Kilometer mit Hunger im Frost!

Waldau. Das Arbeitsamt Bergau erlaubt sich gegen die hilflosen Arbeiter und Arbeitslosenunterstützungsempfänger folgende Kränklichkeit: Das Arbeitsamt Waldau wird vom 1. Januar nach Gersdorf verlegt. Der Ort Gersdorf ist von Waldau ungefähr zehn Kilometer entfernt. Es werden Empfänger ernannt, also hat dieser Empfänger bis zu sechs 20 Kilometer bei kältester Witterung in der Kälte des Winters zu laufen. Ich möchte diese Herren vom Arbeitsamt fragen, ob sie diese Herren noch bei Troste sind? Wenn nicht, dann ist die Empfänger-Diktatur nicht weit vom Arbeitsamt. Wenn man keine Maßnahmen gegen die auszubehringten Arbeiter trifft, dann müßte man die Arbeiter beratender Anträge auch einmal jezt im Sinne 20 Kilometer abfahren: hin und herfahren. Wo bleibt eure soziale Diktatur, die sozialistischen Diktatur?

Diese Diktatur wird aber an dem Willen der arbeitenden Arbeiter scheitern. Auf der anderen Hand hat die SPD. die Diktatur erhalten. Am 6. November waren es 1501 Teile bei Arbeiter und Frauen haben für die kommunisten gestimmt, weil sie erkannt haben, daß nur die geringste Macht oder kumpelnden Arbeiter dem Land ein Ende machen kann. Sie werden versuchen, diese Diktatur anzuwenden!

SPD.-Gemeindevorsteher und Nazi Arm in Arm gegen Erwerbslose

Stropel. Die Sozialdemokraten und Sozialfahrtsunterstützungsempfänger haben sich in geschlossener Front hinter die Anträge der SPD. und des Arbeiterwerblichensauschusses für Winterhilfe. Die dem Winterhilfe beizugegebenen Löhre des kapitalistischen Profitsterns verlangen, daß die Anträge in einer öffentlichen Gemeindevorstellung behandelt werden sollten. Diese Sitzung fand auch statt und hier zeigte es sich, daß der SPD.-Gemeindevorsteher Dörner in demokratischer Weise versuchte, die Anträge abzuwürgen, indem er sich auf die „Brotensammlung“ einlegte. Als nun Genosse Kumpelmann zu den Anträgen sprach und den Heberflug auf der einen Seite und die ungeheure Rot auf der anderen Seite aufzeigte, verlangten die Nazi auf, um gegen unseren Genossen handgreiflich zu werden. Sie hatten sich aber getäuscht, denn die anwesenden Arbeiter hatten unserem Genossen geschlossen zur Seite. Als der dadurch entstandene Tumult sich gelegt hatte, und unser Genosse nochmals zu den Anträgen sprach, setzte der Tumult von neuem ein, und der SPD.-Gemeindevorsteher hatte nichts eiligeres zu tun, als die Sitzung zu schließen. Die Erwerbslosen von Kitzche haben hier von keinen Anknüpfungspunkten bekommen über die Einheitsfront des SPD.-Gemeindevorsteher mit den Nazis. Heraus können die Arbeiter am besten leben, wer die Feinde des Proletariat sind und wer für die Erwerbslosen eintritt. In der Erwerbslosen wird es liegen, trach

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Kurt Gaisson, in Berlin. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendlich, Berlin. — Für Inserate: Albert Cuffin, Berlin. — Verlag u. Druck: Schönlische Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin, Traubener Straße 54.

dieses Wanders nicht nachzulassen in ihrem Kampf gegen Hunger und Frost.

Nach wie vor muß durch den außerparlamentarischen Massenkampf erreicht werden, daß nicht durch Produktionsmangel, sondern durch Verteilung von Brot, Kartoffeln und Kohlen, die Not der Erwerbslosen gelindert wird, was natürlich bedeutet, daß dagegen der nötige Massenstreik in verstärktem Maße fortgeführt wird.

Ganz wie im Dritten Reich!

Malmig, Mr. Köben. Der Rentenempfänger Paul Hauke aus Wallwitz, Kreis Lüben, wurde infolge seiner zweijährigen Krankheit von seinem behandelnden Arzt zu einer Untersuchung nach

Breslau geschickt. Das Kreiswohlfahrtsamt zu Lüben gab recht bald die zur Vertretung der Kosten notwendigen Scheine, also seinen Pfennig Pflegegeld. Hauke ist kinderreicher Familienvater. Er lebte es ab, noch schlimmer als ein Stück Vieh ein Züchter auf die Bahn verladen zu werden.

An diesem Beispiel können die Werttätigen sehen, daß solche Arbeiter, die ihre Gesundheit für das kapitalistische System opfern, gestochen und getreten werden. Nur durch gemeinschaftlichen Kampf aller Kriegs- und Arbeitssopfer kann eine derartige Behandlung zurückgekehrt werden.

Sieben erschienen:

Vollstälender 1933

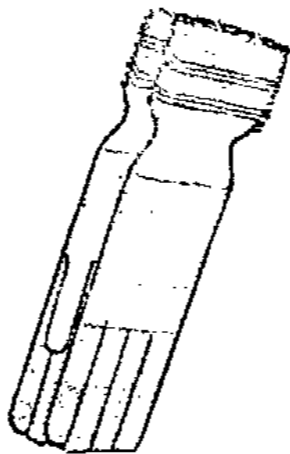
Aus dem Inhalt:
Kalendarium — Allgemeines Wissen — Aus der Arbeiterbewegung — Hilfe die Kleinbauern und Landarbeiter — Preis 30 Pfennig. Organisationen erhalten hohe Rabatte. Bestellungen bei der Schles. Verlags-Gesellschaft, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.



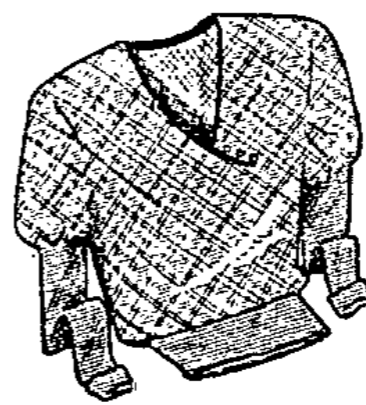
Damen-Strümpfe
weich wie Wolle, echt Mako, innen geraucht, starke Sohle, reguläre Naht, moderne Farb. **58 Pf.**

Damen-Strümpfe
künstliche Waschseide, elegante, feinmaschige Qualität, engl. Sohle oder reine Wolle, weiche, elastische Qual. reguläre Naht, fehlerfrei. Paar **1²⁵**

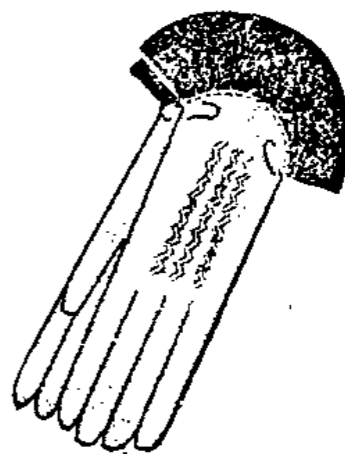
Kinder-Strümpfe
größtenteils reine Wolle, kräftige Strapazier-Qualitäten, modern. Farben, II. Wahl, Gr. 7-10 **0,98**, Gr. 4-6 **0,79**, Größe 1-5 **58 Pf.**



Strick-Handschuh
reine Wolle, geraucht, schön gestreifte Manschette, mod. Farben **68 Pf.**



Damen - Pullover
Schoffen, das Modischste, moderne Puff-ärmel, schöne Farbstellungen. **2⁹⁵**

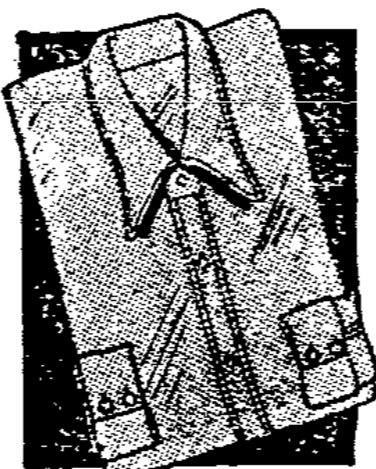


Fantasie - Handschuh
feste Trikotware, moderne Samstulpe, elegante Ausführung. **1²⁵**

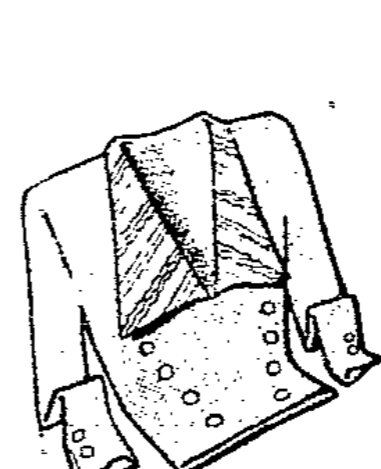
Interlock-Hemdchen
oder **Unterziehschlüpfen**
weich wie Wolle, saub. Verarbeit. nur cremefarbig. . . je **48 Pf.**

Futter - Schlüpfen
feste Trikot-Qualität, mit angerauhtem, mollig warmem Futter, reiche Weite. Größe 42-46 **68 Pf.**

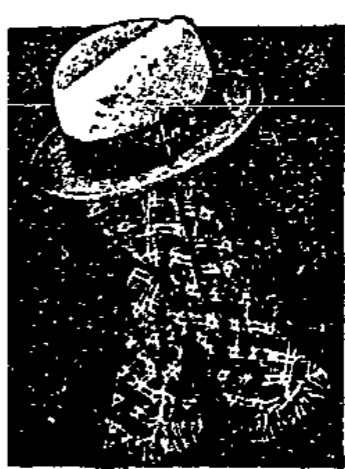
Herren - Normalhose
wollgemischte, warme Qualität, mit Ueberschlag, saubere Verarbeitung. Größe 4-6 **88 Pf.**



Skihemd
Trikot, Innen angerauht, mit langem, angeschnitt. Kragen, in den Farb. blau, mode grau und blau. **1⁹⁵**



Damen-Sportjacke
reine Wolle, Hammer-schlagkrepp, mit bunt gestreiften Revers, gut. Sitz **3⁹⁰**



Herren - Hut
gute Strapaz.-Qual. mod. Farb. u. Form. **2⁹⁵**
Wollschals
aparte Muster von **95 Pf.** an

Ein festlich geschmücktes Haus zeugt von der Sorgfalt, mit der wir unsere Vorarbeiten für Ihren Weihnachts-Einkauf getroffen haben. Wir haben uns auf einen gewaltigen Zustrom eingerichtet. Ein Heer von Verkaufskräften, verstärktes Personal an Kassen und Packtischen steht zu Ihren Diensten. Auch unsere Versand-Abteilung haben wir bedeutend verstärkt. Wir geben Ihnen die Garantie, daß Sie trotz des großen Andranges in unserem Hause in angenehmster Weise bedient und beliefert werden. Bei Einkauf ab 5.- RM Kalendergutscheine.

Sonntag von 1-6 Uhr geöffnet



Großer Weihnachts-Verkauf bei **TIETZ**

Breslau, Ohlauer Straße 71/73